

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 18. Juli 2017

Vor Eintritt in die Gemeinderatssitzung im Gemeindesaal Amlishagen begrüße Bürgermeister Mauch die anwesenden Gemeinderäte, Zuhörer und Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr.

Im Rahmen der Anfragen aus der Einwohnerschaft wurden eine Frage zum Verlauf der 110-KV Leitung und zu den Windparks bei Dünsbach, Langenburg und Burgholz gestellt. Bürgermeister Mauch erläuterte zur 110-KV Leitung, dass derzeit das Regierungspräsidium Stuttgart über den Verlauf der Trasse entscheide. Zu den Windkraftanlagen erklärte der Vorsitzende, dass Bau- und Planungsrechtlich alle Entscheidungen getroffen wurden. Hierzu gab es die vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung.

Haushaltszwischenbericht für das erste Halbjahr 2017

Zustimmend zur Kenntnis nahm der Gemeinderat den Haushaltszwischenbericht der Stadtverwaltung über den Verlauf des 1. Halbjahres 2017.

Unter Hinweis auf die Sitzungsvorlage berichtete Bürgermeister Mauch, dass wie jedes Jahr zur Halbzeit, die Verwaltung dem Gemeinderat wieder einen Zwischenbericht über den Haushaltsvollzug vorlege. Der Vorsitzende führte aus, dass auch in Gerabronn, wie aus der Presse mehrfach zu entnehmen war, die Steuerquelle nach wie vor kräftig sprudle. Dies zeige sich auch beim Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2017. Die Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich seien im Wesentlichen bei der Einkommensteuer spürbar. Hier kann die Stadt Gerabronn eine Mehreinnahme in Höhe von rd. 88.000 EUR erwarten. Bezogen auf die anderen Bestandteile des FAG, seien keine Änderungen absehbar. Das aktuelle Gewerbesteueraufkommen lag mit Buchungsstand vom 03.07.2017 bei rd. 1,061 Mio. EUR (Planansatz 1,050 Mio.), somit im Plan. Durch einen ganz aktuellen, aber noch nicht rechtskräftigen Gewerbesteuerbescheid des Finanzamtes, werde sich das Gewerbesteueraufkommen noch einmal um erfreuliche ca. 0,5 Mio. EUR erhöhen, wovon der Stadt allerdings durch den kommunalen Finanzausgleich nur 363.000 EUR verbleiben.

Die aktuelle Liquidität der Kasse stehe derzeit bei rd. 1,638 Mio. EUR. Weitere 3,0 Mio. EUR sind als Festgeld angelegt. Der hohe Kassenbestand liege derzeit nicht an den hohen Steuereinnahmen, sondern daran, dass viele Maßnahmen noch nicht begonnen bzw. noch nicht abgeschlossen seien. Somit sind die Ausgaben noch nicht getätigt. Dies zeige auch der Vergleich der Gesamtsummen:

Gesamteinnahmen (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt)	3.272,400 EUR
Gesamtausgaben (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt)	672.000 EUR
Saldo	2.600.400 EUR

Die Festgeldanlage resultiere aus den hohen Gewerbesteuereinnahmen aus dem Jahr 2016. Wie bereits mehrfach erläutert wurde, ist dieser Betrag zum Ausgleich der Mehrausgaben und Wenigereinnahmen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 2018 nötig. Ansonsten sei die Verwaltung mit der Bezahlung ihrer Rechnungen auf dem Laufenden und aktuell. Die veranschlagten Personalkosten reichen voraussichtlich aus, neue Darlehen wurden 2017 noch nicht aufgenommen.

Ein Nachtragshaushalt sei derzeit nicht aufzustellen, da die Gesamtdeckung gewährleistet ist, so der Vorsitzende. Bezüglich der beantragten Investitionshilfen aus dem Ausgleichstock für die Hochwasser- und Unwetterschutzmaßnahmen in Dünsbach und Kleinfurst könne noch keine Aussage getroffen werden, da der Verteilungsausschuss erst am 25.07.2017 berät. Es sei aber davon auszugehen, dass mit deutlichen Kürzungen zu rechnen ist, was einen weiteren Finanzierungsbedarf bedeute.

Im Ergebnis führe die aktuelle Gewerbesteuerzahlung zu einer Verbesserung der Finanzlage 2017 um derzeit rd. 180.000 EUR. Mit Blick auf die schwierige Haushalts- und Finanzlage 2018 sei aber eine strikte Einhaltung der Haushaltsplanansätze erforderlich und jeder Euro der allgemeinen Rücklage wichtig, so Bürgermeister Mauch.

Abschließend verwies der Vorsitzende noch auch die Neukalkulation der Bestattungsgebühren ab dem Jahr 2017. Dabei wurde eine komplette Systemumstellung bei den Grabarten vorgenommen. Verwaltungsintern wurde entschieden, dass die Mehrfachbelegungen nicht erst ab 2017 gelten, sondern auch für bereits bestehende Gräber (da dies schon immer so praktiziert wurde). Dies führe dazu, dass weniger neue Gräber belegt würden und dadurch ein deutlicher Gebührenaussfall entstehe. Derzeit wurden rd. 24.000 EUR an Bestattungsgebühren eingenommen (Summe Planansätze: 53.000 EUR). Eventuell werde eine Nachjustierung bei den Bestattungsgebühren erforderlich.

Jahresrechnung 2016 festgestellt

Ausführlich wurde der Gemeinderat über die Jahresrechnung 2016 anhand des Rechenschaftsberichts zur Jahresrechnung 2016 in einer umfangreichen Beratungsvorlage informiert. Abschließend stimmte der Gemeinderat der Jahresrechnung 2016 einstimmig zu. Ebenso wurde auch der Übertragung der ausgewiesenen Haushaltsreste, sowie den über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die allesamt im Rahmen der Mehreinnahmen gedeckt waren, zugestimmt.

Einführend zum Tagesordnungspunkt erläuterte Bürgermeister Mauch, dass die Haushaltsrechnung 2016 auf der Grundlage der vom Gemeinderat am 26.01.2016 beschlossenen und vom Landratsamt Schwäbisch Hall . Rechtsaufsichtsbehörde - am 08.03.2016 genehmigten Haushaltssatzung aufgestellt wurde. Eine Nachtragssatzung musste vom Gemeinderat nicht beschlossen werden.

Der Vorsitzende zeigte sich mit dem Ergebnis der Jahresrechnung 2016 zufrieden.

Der Verwaltungshaushalt schloss das Jahr 2016 mit 14.043.903,27 EUR ab, der Planansatz hatte 10.492.444,00 EUR vorgesehen. Im Vermögenshaushalt beliefen sich die Einnahmen und Ausgaben auf 4.731.459,16 EUR, planmäßig vorgesehen waren 2.241.010,00 EUR. Somit ergab sich eine Summe von 18.775.362,43 EUR.

Der Gesamtbetrag für Kreditaufnahmen betrug für Investitionen und Umschuldungen 0,- EUR. Im Haushaltsplan war hierfür auch kein Betrag angesetzt.

Zum Ausgleich des Gesamthaushaltes war eine Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt in Höhe von EUR 4.444.428,61 (Planansatz 1.365.010 EUR) möglich. Der erforderliche Mindestbetrag gem. § 22 Abs. I GemHVO sollte mindestens die Aufwendungen für die ordentliche Tilgung der Kredite (ohne Umschuldungen) erwirtschaften. Dies wären 2016: 206.489,88 EUR. Somit lag eine ausreichende Zuführungsrate vor.

Es ergab sich weiter eine Nettoinvestitionsrate von 4.237.938,73 EUR. Die Bruttoinvestitionsrate betrug:

Zuführung vom Verwaltungshaushalt	4.444.428,61 EUR
zuzüglich Zinsausgaben für Kredite	73.280,16 EUR
Summe	4.517.708,77 EUR

Zum weiteren Ausgleich des Vermögenshaushalts war eine Zuführung an die Allgemeine Rücklage i. H. v. 2.919.276,52 EUR möglich (Planansatz: 192.010 EUR). Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug zum 31.12.2016 bei 4.310 Einwohnern EUR 433 (Vorjahr EUR 491 bei 4.223 Einwohnern).

Im Anschluss gab Bürgermeister Mauch noch einige Erläuterungen zu den Kostendeckungsgraden der Gebührenhaushalten und den Personalkosten. Weiter rief er noch einmal die wesentlichsten Investitionsmaßnahmen des Vermögenshaushaltes aus dem Jahr 2016 in Erinnerung. Dies waren: Neubau Feuerwehrgerätehaus Michelbach/Heide (Fortsetzung), Fortführung des Stadtanierungsgebietes „Stadtmitte“, Sanierung der Trügler- und Schubertstraße (Fortführung), Erschließung Baugebiet „Steinacker II“ (Fortführung), Grundstückskäufe und -verkäufe.

Planungen zur Sanierung der Roßgasse Dünsbach an Büro IPE vergeben

Einstimmig beauftragte der Gemeinderat das Büro IPE aus Schwäbisch Hall mit der Erbringung der erforderlichen Ingenieurleistungen für die Planung der Sanierung der Roßgasse Dünsbach / L1037.

Zuvor erläuterte der Vorsitzende, dass es ihm ein wichtiges Anliegen sei, die Einfallstraße von Sandelsbronn Richtung Dünsbach, als „visitenkarte“ von Gerabronn richten zu lassen. Hierzu gab es Gespräche mit dem

Regierungspräsidium Stuttgart, Bauleitung Schwäbisch Hall, die für den Teil bis zum Ortsbeginn von Dünsbach zuständig ist. Unter der Voraussetzung, dass die Stadt Gerabronn eine Kostenermittlung und Planung für die vorgeschlagene Straßensanierung im Bereich der Roßgasse / L1037 erstellen lasse, könne ein Ausbau und Kostenübernahme in nächster Zukunft möglich sein. Darunter falle auch das Anlegen einer neuen Abbiegespur in das Gewerbegebiet Winterhöhe und eine komplette Kanalsanierung der Roßgasse.

Der Vorsitzende informierte weiter, dass das Büro IPE der Stadtverwaltung einen Honorarvorschlag vorgelegt habe. Für die Verkehrsanlagen und die erforderlichen Ingenieurbauwerke würde demnach eine Einstufung in Honorarzone II, Mindestsatz, erfolgen. Zur Anrechnung kämen für die Verkehrsanlagen 98 v. H. und für die Ingenieurbauwerke 93 v. H. der Grundleistungen. Daneben würden für die örtliche Bauleitung 3 % der anrechenbaren Kosten fällig. Für die Nebenkosten wurde eine Pauschale von 5 % des Nettohonorars vorgeschlagen. Dieser Honorarvorschlag entspreche den bisherigen Forderungen des Büros IPE.

Stadt Gerabronn stellt Antrag **Quartier 2020**

Große Zustimmung fand der Vorschlag von Bürgermeister Mauch am Ideenwettbewerb des Ministeriums für Soziales und Integration zur Strategie **Quartier 2020** . **Gemeinsam.Gestalten.%teilzunehmen**. Der hierfür erforderliche Beschluss viel einstimmig aus.

Der Vorsitzende berichtete, dass bei dem Ideenwettbewerb **Quartier 2020** langfristige, strukturelle Maßnahmen der Quartiersentwicklung in den Kommunen des Landes ins Auge gefasst würden. Die Konzeptideen sollen einen Quartiersentwicklungsprozess für eine gesamte ländliche Gemeinde beschreiben, der anschließend mit Leben gefüllt werden soll. Die Quartiersentwicklung zielt darauf ab, allen im Quartier lebenden Menschen eine möglichst hohe Teilhabe und Lebensqualität zu bieten. Jedes kommunalpolitische Handlungsfeld sei berührt. Ziel der Quartiersentwicklung sei ein lebendiger sozialer Raum mit starkem bürgerschaftlichem Engagement, mit dem sich die dort lebenden Menschen identifizieren könnten.

Im Rahmen der Ausschreibung ist ein Preisgeld von maximal 100.000 Euro möglich, welches am 23.11.2017 vergeben wird. Für einen umfassenden Stadtentwicklungsprozess unter dem bisherigen Arbeitstitel **Generationengerechte Stadtentwicklung Gerabronn 2030** werden im Antrag 50.000 - 60.000 Euro vorgesehen. Zwingend erforderliche Bausteine für den Wettbewerbsbeitrag sind Bürgerbeteiligung/Bürgerengagement und das Handlungsfeld **Pflege und Unterstützung im Alter**. Weitere Handlungsfelder könnten optional Familie und Jugend und die Stadtentwicklung unter der demografischen Entwicklung Gerabronns sein. Darüber hinaus sei vorgesehen, neben den zwingenden Handlungsfeldern, weitere Handlungsfelder (z.B. Gesundheit, Mobilität, etc.) im Prozess zu erarbeiten.

Der Gemeinderat bedankte sich beim Vorsitzenden für das Aufgreifen dieses Wettbewerbes und begrüßte insbesondere die Vollfinanzierung des Prozesses, sofern man als Stadt Gerabronn zum Zuge käme. Insgesamt komme bei einer Teilnahme von Gerabronn viel Arbeit auf den Gemeinderat und die Verwaltung zu, welche aber zum Wohl der Gerabronner Bürgerinnen und Bürger gerne in Angriff genommen werde.

Neue Polizeiverordnung beschlossen

Einstimmig verabschiedete der Gemeinderat eine neue Polizeiverordnung gegen umweltschädliches Verhalten, Belästigung der Allgemeinheit, zum Schutz der Grün- und Erholungsanlagen und über das Anbringen von Hausnummern (Polizeiliche Umweltschutz-Verordnung).

Unter Hinweis auf die Beratungsvorlage verwies Bürgermeister Mauch darauf, dass die derzeit gültige Polizeiverordnung noch aus dem Jahr 2001 stamme. An einigen Stellen seien die Paragraphenhinweise auf das Polizeigesetz nicht mehr korrekt, ebenso gab es Änderungen bei den Regelungen zur Geldbuße in Euro Beträgen, die jetzt zentral im Polizeigesetz geregelt sind. Weiter wurden Anregungen des Polizeivollzugsdienstes ebenfalls mit in die Neufassung aufgenommen um einen größeren Handlungsspielraum im Zusammenhang mit den Einbrüchen am Schulzentrum zu haben. Ebenfalls wurden redaktionelle Anpassungen und Änderungen aufgrund aktueller Rechtsprechung gemäß der Empfehlung des Gemeindetages Baden-Württemberg, unter Beachtung der individuellen Gerabronner Örtlichkeiten, vorgenommen.

In der sich anschließenden Aussprache wurden noch einige Fragen insbesondere zum Thema Zelten und das Abstellen von Wohnwägen beantwortet. Die neue Polizeiverordnung tritt am 01.08.2017 in Kraft und wird auch über die Homepage der Stadt Gerabronn abrufbar sein.

Vergabe der Außenanlagen für das Feuerwehrgerätehaus in Michelbach an der Heide beschlossen

Den Zuschlag für die Ausführung der Asphaltierarbeiten am Feuerwehrgerätehaus in Michelbach an der Heide erhielt einstimmig die Fa. Hähnlein aus Feuchtwangen zum Angebotspreis von 14.194,39 Euro. Den überplanmäßigen Kostenüberschreitungen von rd. 50.000,00 Euro stimmte der Gemeinderat ebenfalls zu.

In seinen einführenden Worten erläuterte Bürgermeister Mauch, dass mit den Bauarbeiten für das Feuerwehrgerätehaus in Michelbach an der Heide im Frühjahr 2014 begonnen wurde. Die Schlussabnahme erfolgte am 04. Juli 2017 mit dem Landratsamt Schwäbisch Hall und der Architektin Hähnle-Probst. Die Freiwillige Feuerwehrabteilung Michelbach an der Heide hatte an ihrem Gebäude sehr viel Eigenleistung erbracht. Der gesamte Rohbau sowie verschiedene Arbeiten bei den Ausbaugewerken wurden von den Feuerwehrleuten ausgeführt, was einem

Gegenwert von ca. 50.000,- EUR entspreche. Dies wurde vom Gemeinderat und vom Vorsitzenden ausdrücklich gelobt und sei absolut keine Selbstverständlichkeit.

Bis auf die Außenanlagen sei das Gebäude fertig gestellt. In den letzten Wochen wurden vom städt. Bauhof Erdbewegungen, Randbefestigungen, Entwässerungsleitungen und die befestigten Flächen hergestellt. Der Fußweg um das Gebäude auf der West- und Nordseite werde von der Feuerwehrabteilung mit Betonpflaster belegt. Alle anderen befestigten Verkehrsflächen sollen asphaltiert werden.

Zu den Baukosten führte der Vorsitzende aus, dass diese aus heutiger Sicht für das Feuerwehrgerätehaus zunächst zu niedrig angesetzt wurden. Die Erhöhung der Bau- und der Materialkosten hätten in den letzten Jahren hier negativ zu Buche geschlagen. Weiter wurde auf der Nordseite des Gebäudes noch ein großer Materialraum angebaut, der in der Kostenkalkulation nicht beinhaltet war, aber notwendig und zweckmäßig ist. Beim Mobiliar und bei den Einrichtungsgegenständen wurde Wert auf eine stabile und nachhaltige Anschaffung gelegt. Die somit entstehen Gesamtkosten von rd. 200.000,00 EUR liegen damit ca. 50.000 EUR über den Planungen.

In der anschließenden Diskussion wurde die ca. 25 %ige Kostenüberschreitung vom Gremium bemängelt. Hier hätte man sich eine frühere Information gewünscht. Gleichwohl wurde bestätigt, dass es sich um ein zweckmäßiges Gebäude handle, welches den Anforderungen des künftigen Brandschutzkonzepts der Gesamtgemeinde Gerabronn, zusammen mit dem neuen Fahrzeug, voll gerecht werde.

Feuerwehrabteilung Michelbach an der Heide erhält neues Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF-W)

Der Beschaffung eines neuen Tragkraftspritzenfahrzeugs (TSF-W) die Feuerwehrabteilung Michelbach an der Heide beschloss der Gemeinderat einstimmig. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 157.000,- EUR wovon ein Festbetragszuschuss von 38.650,- EUR abzuziehen ist.

Bürgermeister Mauch erinnerte daran, dass seit längerem für die Feuerwehrabteilung Michelbach an der Heide die Beschaffung eines TSF-W anstehe. Nachdem der Förderbescheid schon im August 2016 bewilligt wurde, musste mit der Maßnahme innerhalb von 8 Monaten begonnen werden. Der erste Schritt war deshalb die Beschaffung der Tragkraftspritze. Inzwischen hatte sich die Feuerwehrabteilung Michelbach an der Heide mit der weiteren Beschaffung von Fahrgestell, Aufbau und Beladung intensiv befasst. Im Vorfeld wurden mehrere Fahrzeuge angeschaut und geprüft. Grundvoraussetzung war, dass das neue TSF-W aus einsatztechnischen Gründen eine zweite Tragkraftspritze erhält.

Der Vorsitzende lobte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die zeitintensive Arbeit und den großen Aufwand, den die Feuerwehrführung bei der Prüfung der Angebote und der Auswahl der Komponenten an den Tag legen mussten.

Angenommen wurde für das Fahrgestell das Angebot der Firma Heermann-Rhein zum Angebotspreis von 40.460 EUR (brutto), für den Aufbau das Angebot der Firma Thoma-Wiss zum Angebotspreis von 72.875,60 EUR (brutto) und für die Beladung das Angebot der Firma Ziegler zum Angebotspreis von 28.687,39 EUR (brutto). Bei der Gewichtsbilanz ist noch eine Gewichtsreserve vorhanden. Der Wassertank hat mindestens 750 Ltr. Inhalt und kann ggf. nach oben korrigiert werden. Die Lieferzeit beträgt zwischen 12 und 19 Monate, je nach Hersteller.

Weitere Gewerke zur Instandsetzung des historischen Rathauses vergeben

Damit die Reaktivierung und der Ausbau des historischen Rathauses weiter zügig vorangehen können vergab der Gemeinderat einstimmig weitere Gewerke. Im Einzelnen wurden:

- Die Arbeiten für den Innenputz und Trockenbau an die günstigste Bieterin, die Fa. Mack aus Crailsheim zum Angebotspreis in Höhe von 81.884,50 Euro vergeben.
- Die Arbeiten für die Linoleum-Bodenbeläge an die Fa. Bode aus Mundelsheim zum Angebotspreis in Höhe von 11.991,55 Euro vergeben.
- Die Parkettarbeiten an die günstigste Bieterin, die Fa. Stern aus Tannhausen zum Angebotspreis in Höhe von 14.066,04 Euro vergeben.
- Die Fliesenarbeiten an die Fa. TH-Fliesen aus Ilshofen zum Angebotspreis in Höhe von 30.355,12 Euro vergeben.
- Die Schreinerarbeiten an die günstigste Bieterin, die Fa. Scheerer aus Kreßberg-Waldtann zum Angebotspreis in Höhe von 45.937,57 Euro vergeben.
- Die Malerarbeiten an die günstigste Bieterin, die Fa. Mack aus Crailsheim zum Angebotspreis in Höhe von 69.209,90 Euro vergeben.
- Die Brandschutztüren im Gebäude an die günstigste Bieterin, die Firma Herrmann aus Mauer zum Angebotspreis in Höhe von 28.522,16 Euro vergeben.
- Die Metallbau- und Verglasungsarbeiten für den Windfang an die Firma Wurst aus Murrhardt zum Angebotspreis in Höhe von 32.532,22 Euro vergeben.

Zum Submissionstermin wurden erfreulicherweise zu allen Gewerken mehrere Angebote abgegeben. Alle Angebote wurden vom Architekturbüro rechnerisch, fachtechnisch und wirtschaftlich geprüft und mit einer Vergabeempfehlung versehen.

Der Gemeinderat zeigt sich verwundert und erfreut, dass bei vielen Angeboten die Preise deutlich unter den Kalkulationen der Planung lagen. Bürgermeister Mauch und Stadtbaumeister Sautter erklärten dies mit dem sehr professionellen Vorgehen des Architekturbüros Kraft & Kraft, welche einige Sicherheiten einkalkuliert hätten. Man hoffe in der Summe den Kostenrahmen einhalten zu können, so der Vorsitzende.

Tiefbauarbeiten für Wasser- und Schmutzwasseranschluss der Aussiedlung PWannenhofí vergeben

Die Tiefbauarbeiten zum Anschluss des Wannenhofs an Wasser und Kanalisation vergab der Gemeinderat, bei einer Enthaltung, an die Fa. KTS Bauunternehmung aus Heilbronn, zum Pauschalpreis von 53.550,00 EUR (brutto).

Der Vorsitzende erläuterte, dass der Gemeinderat bereits in seiner Sitzung vom 13.09.2016 dem Anschluss des Wannenhofs zugestimmt hatte. Weiter informierte Bürgermeister Mauch, dass der Aussiedlerhof Hermann Stirn, Rückershagener Straße 17 in 74582 Gerabronn nicht an das öffentliche Wasserleitungsnetz und an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen sei. Das Trinkwasser aus dem eigenen Brunnen schacht werde regelmäßig vom Gesundheitsamt überprüft. Im Juli 2016 teilte das Landratsamt Schwäbisch Hall mit, dass aufgrund der schlechten Befunde des eigenen Brunnenwassers, das Anwesen Stirn an das öffentliche Trink- und Abwassernetz angeschlossen werden müsse. Mit dieser Maßnahme solle auch die Löschwasserversorgung des Anwesens sichergestellt werden.

Zur Finanzierung gab Bürgermeister Mauch bekannt, dass dies im Vorfeld mit Herrn Stirn und den Fachbehörden besprochen wurde. Dabei hatte sich gezeigt, dass eine Realisierung über die Stadt zu einer günstigeren Finanzierung führe und deshalb die Stadt zwei Zuschussanträge eingereicht habe. Beide Anträge wurden bewilligt. Für den Anschluss an die Wasserversorgung wurden 10.300,00 EUR Zuschuss bewilligt; für den Bereich der Abwasserbeseitigung 22.600,00 EUR, somit insgesamt 32.900,00 EUR.

Bezüglich der Mehrkosten wurde mit Herrn Stirn eine Mehrkostenvereinbarung abgeschlossen. Herr Stirn trägt alle Kosten die nicht durch die Zuschüsse gedeckt sind. Anhand eines Lageplans wurde der Verlauf der beiden Leitungen erläutert, dieser wurde so gewählt, dass das Abwasser im freien Gefälle und ohne Pumpanlage dem öffentlichen Kanalnetz zugeführt werden könne.

Im Rahmen der Aussprache wurde die Dimensionierung des Kanals angesprochen und ob ein Anschluss weiterer Gebäude möglich sei. Hierzu erläuterte der Vorsitzende, dass dies aus Zuschussgründen und aus Gründen der Topografie evtl. zukünftiger Gebäude, leider nicht möglich sei.

Kurz berichtet

Für die Umbauphase des Kindergartens sAlte Post% wurden in Absprache mit der Schulleitung Ausweichräume an der Grund- und Werkrealschule gefunden. Die Details sind noch mit der Kindergartenleiterin abzustimmen.

Für die Herbstmesse wird dem Gewerbeverein, wie in den Vorjahren, die Stadthalle unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Voraussichtlich von Montag 18.09. bis Dienstag 26.09.2017 ist die Halle aufgrund der Auf- und Abbauarbeiten belegt.

Bürgermeister Mauch berichtete, dass seine neu eingeführte Bürgersprechstunde rege von der Bürgerschaft in Anspruch genommen werde und sich viele gute Gespräche und Anregungen ergeben hätten.

Aus den Reihen des Gemeinderats wurde angeregt, das Aufstellen neuer Buswartehäuschen zu prüfen. Insbesondere an der Haller Straße stünden oft mehrere Buspendler bei schlechtem Wetter im Regen. Die Verwaltung sagte zu den Bedarf grundsätzlich zu ermitteln und die Kosten auch für die Ortsteile zu erheben.

Die nächste öffentliche Gemeinderatssitzung findet voraussichtlich nach der Sommerpause am 26.09.2017 statt.

In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurden noch Personalangelegenheiten und sVerschiedenes% behandelt.